

Protokoll:

Verschiedene Fraktionen äußern Kritik in Bezug auf das Einführen der wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge sowie auch an den von der Stadt ermittelten Berechnungswerten der einzelnen Einheiten. Dabei wird mehrfach vorgeschlagen, den Ortsbeiräten gegenüber aufgrund mangelnder Zustimmung derer erneut Aufklärungsarbeiten hinsichtlich der geplanten Systematik und Berechnungsweise zu leisten bzw. diese erneut in Gespräche einzubinden.

Beigeordneter Flöck ist der Meinung, ein erneutes Gespräch sei nicht notwendig bzw. würde auch zu keiner anderen Einschätzung der Ortsbeiräte führen. Er glaubt nicht an ein Überzeugen der Ortsbeiräte, was zudem bereits mehrmals versucht worden sei.

Oberbürgermeister Langner weist an dieser Stelle darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss lediglich eine Stellvertreterdiskussion führe, da bereits auf der Landesebene die Entscheidung getroffen wurde, die wiederkehrenden Beiträge einzuführen. Er hält es aber für sinnvoll, dies zügig zu tun, anstatt die Einführung zu verzögern, da man bei einer erneuten Prüfung oder Verzögerung den Bürgern die alternative Zahlung der einmaligen Beiträge nahebringen müsste. Somit würden die Bürger bei einer schnellen Einführung des Systems entlastet werden. Die Rechtslage als solche sei als Stadt Koblenz zu akzeptieren. Dabei schließt er die Möglichkeit, welche Die FW-Fraktion zuvor erfragt hatte, die Anteile einzelner Abrechnungseinheiten erneut zu prüfen oder zu korrigieren, zwar nicht aus, betrachtet ein solches Vorgehen aber als ein ins-Wanken-bringen des Systems.

Beigeordneter Flöck ergänzt, dass für November die abschließende Umstellung auf die wiederkehrenden Beiträge geplant sei. Insgesamt sei ein Nicht-Beschluss in der heutigen Sitzung kein Problem, da die verbleibenden Ortsbeiräte Rübenach und Bubenheim bis zu der entsprechenden Ratssitzung auf jeden Fall getagt haben werden. Die Fraktionen FW und FDP vertreten weiterhin die Meinung, dass es wichtig wäre, die Ortsbeiräte und die Bevölkerung hinter sich zu haben. Aufgrund der vielen Kontroversen innerhalb des Ausschusses in Bezug auf diesen ersten Tagesordnungspunkt wird schließlich die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung an den Stadtrat weitergegeben.